

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(18. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Nicole Gohlke, Heidi Reichinnek, Gökay Akbulut,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 20/678 –**

Bildung am Limit – Ausbildungsoffensive für mehr Lehrkräfte und Erzieherinnen und Erzieher

A. Problem

Die Fraktion DIE LINKE. stellt fest, dass seit geraumer Zeit überall Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher fehlten. Es drohe aufgrund des Fachkräftemangels im pädagogischen Bereich in den allgemein- und berufsbildenden Schulen sowie in den Kindertagesstätten eine Bildungs- und Betreuungskatastrophe. Auch Sorge der Fachkräftemangel für eine deutlich höheren Belastung der Lehrkräfte und Erzieherinnen und Erzieher, die dadurch häufiger Gefahr liefen, physisch oder psychisch zu erkranken, was wiederum die Personallücke noch vergrößere. Die derzeit vorhandenen Mittel seien nicht ausreichend, um den wachsenden Bedarf an Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher langfristig zu decken und eine qualitative Bildung zu gewährleisten.

B. Lösung

Der Mangel an Fachkräften im pädagogischen Bereich könne nur durch schnelle Maßnahmen abgefangen werden. Eine verlässliche öffentliche Finanzierung der Ausbildungsplätze für Erzieherinnen und Erzieher müsse gewährleistet sein. Vor allem seien Maßnahmen in Absprache und gemeinsam mit den Ländern zur Finanzierung von Lehramtsstudienplätzen erforderlich. Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildung müsse aufgehoben und eine Gemeinschaftsaufgabe Bildung in das Grundgesetz aufgenommen werden.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/678 abzulehnen.

Berlin, den 8. Februar 2023

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Kai Gehring
Vorsitzender

Katrin Zschau
Berichterstatterin

Daniela Ludwig
Berichterstatterin

Nina Stahr
Berichterstatterin

Peter Heidt
Berichterstatter

Nicole Höchst
Berichterstatterin

Nicole Gohlke
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Katrin Zschau, Daniela Ludwig, Nina Stahr, Peter Heidt, Nicole Höchst und Nicole Gohlke

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/678** in seiner 17. Sitzung am 17. Februar 2022 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion DIE LINKE. stellt fest, dass sich der Fachkräftemangel in den allgemein- und berufsbildenden Schulen sowie in den Kindertagesstätten zunehmend verschärfe und in einer Bildungs- und Betreuungskatastrophe zu münden drohe. Es seien unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um die Fachkräftelücke von Lehrerinnen und Lehrern sowie Erzieherinnen und Erziehern abzubauen und die derzeitige Belastung der vorhandenen Kräfte zu verringern. Die bestehende hohe Belastung der Lehrkräfte und Erzieherinnen und Erzieher führe darüber hinaus zu der Gefahr, dass diese häufiger physisch oder psychisch erkranken, was wiederum die Personallücke noch vergrößere. Es fehlten nach Berechnungen des Bildungswissenschaftlers Prof. Klaus Klemm bis zum Jahr 2030 81.000 bzw. 155.400 Lehrerinnen und Lehrer. Zusätzlich drohe für denselben Zeitraum eine Fachkräftelücke von 230.000 Erzieherinnen und Erziehern.

Die bestehende Digitaltechnik sei für eine Unterrichtsversorgung im Distanz- oder Wechselmodell nicht ausreichend, wie die pandemiebedingten Schulschließungen gezeigt hätten. Die für die Pädagogik erforderlichen Beziehungen zwischen Lehrenden und Lernenden sei weder durch ein digitales Lernprogramm noch durch Lernen aus der Ferne vollständig ersetzbar. Die „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ sei um die Förderlinie „Digitalisierung in der Lehrerbildung“ erweitert worden. Dafür seien ausreichend viele der Lehrkräfte für guten Unterricht notwendig. Der Personalmangel an Erzieherinnen und Erziehern werde sich durch den zukünftig eingeführten Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern noch verschärfen. Die Sicherung einer qualitativen frühkindlichen Bildung und Betreuung sei nur durch ausreichend und gut ausgebildete Fachkräfte und unter Arbeitsbedingungen zu erreichen, die eine gute Vor- und Nachbereitung sowie eine Zusammenarbeit mit den Eltern ermöglichen. Die Politik dürfe den Fachkräftemangel im pädagogischen Bereich nicht zum Anlass nehmen, um Geld zu sparen und die Haushalte auf Kosten guter Bildung zu sanieren. Eine verlässliche öffentliche Finanzierung der Ausbildung von pädagogischen Fachkräften sei für die Gewährleistung einer guten Bildung erforderlich.

Der Bundestag soll die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auffordern,

1. in Absprache mit den Ländern
 - a) ein Programm zur Finanzierung zusätzlicher Lehramtsstudienplätze für alle Schulformen zu entwickeln, welches die Eigenbemühungen der Länder soweit ergänzt, bis der Lehrkräftemangel behoben ist,
 - b) ein Sonderprogramm für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern aufzulegen, bis der Erzieherinnen- und Erziehermangel behoben ist;
2. zur Sicherstellung der Finanzierung der Ausbildung von ausreichend Lehrkräften sowie von Erzieherinnen und Erziehern unverzüglich einen Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes vorzulegen, durch den das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildung aufgehoben wird und stattdessen eine umfassende Gemeinschaftsaufgabe Bildung in Artikel 91b des Grundgesetzes verankert wird. Darüber hinaus soll das Kooperationsverbot in Artikel 104b des Grundgesetzes, d. h. die Beschränkung der Bundesförderung auf Bereiche, in denen der Bund Gesetzgebungskompetenz besitzt, aufgehoben werden;

3. gemeinsam mit den Ländern
 - a) Strategien zu entwickeln, um die Abbruchquoten bei Lehramtsstudierenden sowie von Erzieherinnen und Erziehern in Ausbildung deutlich zu senken. Dazu gehört auch, die Studien- und Ausbildungsbedingungen insgesamt zu verbessern und die Qualität der Lehre zu steigern,
 - b) den Lehramtsstudierenden bundesweit in den entsprechenden Studiengängen nach einem Bachelorabschluss, auf Wunsch auch nach einer Praxisphase, einen Rechtsanspruch auf einen Masterstudienplatz zu gewähren, um ihr Studium erfolgreich beenden zu können. Ziel ist ein grundständiges Studium, das bundesweit alle Lehramtsstudierenden zum Master bzw. Staatsexamen führt,
 - c) Maßnahmen zu ergreifen, um die Attraktivität der pädagogischen Berufe deutlich zu steigern. Dazu gehören spürbare Verbesserungen der Arbeitsbedingungen an Schulen und Kindertageseinrichtungen wie intakte Gebäude, eine gute Ausstattung von sächlichen Mitteln, kleinere Lern- und Betreuungsgruppen und vor allem eine Gleichstellung bei der Bezahlung von Lehrkräften unabhängig von Schulform und -stufe (A 13/E 13) sowie eine Bezahlung von Erzieherinnen und Erziehern gemäß Tarifvertrag;
4. im Bereich der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern ordnend und gestaltend einzugreifen und auch den derzeit unterschiedlich praktizierten Quereinstieg bzw. praxisintegrierte Ausbildungen zu standardisieren. Dabei sind einheitliche Rahmenbedingungen und eine universelle Anerkennung der Abschlüsse sicherzustellen. Darüber hinaus ist es notwendig, die Ausbildung schulgeldfrei zu stellen und zu vergüten;
5. die Kultusministerien aufzufordern, ihre Berechnungsgrundlagen und –parameter für die Vorausberechnung des pädagogischen Fachkräftebedarfs transparent offenzulegen und entsprechend anzupassen, um für eine seriöse Datengrundlage zur Steuerung der Ausbildung von Lehrkräften sowie von Erzieherinnen und Erziehern zu sorgen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 20/678 in seiner 38. Sitzung am 08. Februar 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Die **Fraktion DIE LINKE**. bezieht sich auf die Prognose der Kultusministerkonferenz (KMK), dass bis zum Jahr 2025 rund 25.000 Lehrkräfte fehlen würden. Dies sei nicht nur eine moderate, sondern eine konstant fehl- und kleingerechnete Zahl. Die tatsächliche Zahl sei viel höher. In dieser Situation sei es unverzichtbar, als Bundesregierung selber aktiv zu werden und nicht erst auf die Anträge und Aufsetzwünsche der Opposition im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zu warten.

Der allseits bekannte Lehrkräftemangel sei eine hausgemachte Katastrophe. Lange Jahre habe man zum Beispiel die Zahl der Studienplätze konstant kleingehalten. Dies sei auch durch die knappen Kassen an den Hochschulen bedingt gewesen. Es sei absurd, dass es trotz des bestehenden und vorhersehbaren Lehrkräftemangels für die Lehramtsstudiengänge immer noch hohe Zulassungsbeschränkungen gebe. Dadurch sei tausenden jungen Menschen der Zugang zum Berufswunsch Lehrer/in verwehrt worden. Die Zahl der Lehramtsabsolvent/innen nehme überproportional stark ab. Eine Ursache liege darin, dass das Lehramtsstudium, trotz der jetzt auslaufenden Qualitätsoffensive Lehrerbildung, unattraktiver werde. Die Ausbildung sei nach wie vor zu praxisfern. Es gebe zu wenig Betreuung. Die Hochschulen bräuchten an dieser Stelle dringend mehr Personal.

Die KMK habe vor kurzem ein Papier mit Maßnahmen gegen den Lehrkräftemangel veröffentlicht. Dieses Papier sei zielsicher an dem vorbei gegangen, was den Beruf tatsächlich attraktiver machen könne. Statt das Offensichtliche anzugehen, nämlich eine Ausbildungsoffensive ins Leben zu rufen und vor allem die Arbeitsbedingungen an den Schulen zu verbessern, sollen die ohnehin belasteten Lehrkräfte noch mehr arbeiten. Dies werde eine Spiralbewegung von Überlastung und Lehrkräftemangel auslösen. Um die steigende Belastung besser auszuhalten, habe die KMK den Lehrkräften Achtsamkeitsübungen am Wochenende vorgeschlagen. Aus der Corona-Krise sei zu wenig gelernt worden und die KMK setze immer noch verstärkt auf Hybrid-Unterricht. Es gebe zu viel

abgehängte Schüler/innen, die eine intensivere Betreuung in Präsenz und persönlich bräuchten. Dazu seien kleinere Klassen, mehr Schulsozialarbeiter/innen, Psycholog/innen und multiprofessionelle Teams erforderlich. Es seien Studienplätze einhergehend mit einer intensiven Betreuung der Studierenden auszubauen. Eine generelle Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufs sei durch weniger Stress, mehr Zeit für die Schüler/innen und eine einheitlich gute Bezahlung erreichbar.

Die Bundesregierung müsse sich fragen lassen, was zum Beispiel das Startchancen-Programm bringe, wenn es nicht ausreichend pädagogische Fachkräfte gebe oder die Vorhandenen chronisch überlastet seien. Die Bundesministerin für Bildung und Forschung müsse die Initiative ergreifen, das Kooperationsverbot endgültig aufzuheben und in die Lehrkräfteausbildung zu investieren.

Die **SPD-Fraktion** hebt hervor, dass der bestehende Lehrkräftemangel und Fachkräftebedarf im Bereich der frühkindlichen Bildung durch den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung mehrfach besprochen wurde. Für die Pädagog/innen in Schulen, Hort und Kitas seien die Arbeitsbelastung durch fehlende Kolleg/innen zu hoch. Sie würden ihrem eigenen Anspruch hinterherhinken. Im vorliegenden Antrag werde dies umfänglich festgestellt.

Ein Antrag der Fraktion DIE LINKE., der sich vorrangig auf die Lehrkräfteausbildung konzentriere, sei seit dem Vorliegen der Empfehlungen der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission zum Umgang mit dem akuten Lehrkräftemangel nicht zielführend und lasse wichtige Aspekte aus. Darüber hinaus solle es darum gehen, schnell umsetzbare Lösungen zu finden. Eine Debatte, um das Kooperationsverbot erschwere dies. Die Bundesländer seien für die Fachkräftegewinnung verantwortlich. Die amtierende KMK-Präsidentin Astrid Sabine Busse habe aktuell erklärt, dass sie darauf hinarbeiten wolle, mehr Einigkeit bei der Gewinnung von Fachkräften zu erzielen, anstatt dass sich die Länder gegenseitig die Fachkräfte abjagen würden. Dafür wolle sie die 2020 abgeschlossene Ländervereinbarung anpassen und darauf aufsatteln. Auch ein Staatsvertrag, wie er unter anderem von Mark Rackles vorgeschlagen worden sei, werde da nicht ausgeschlossen. Daraus leite sich die Notwendigkeit allgemeiner Datengrundlagen ab. Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung habe sich in den verschiedenen Bildungsberichten damit beschäftigt. Die universitäre Lehrerausbildung sei grundsätzlich zu überprüfen und es sollten neue Wege eingeschlagen werden. Dafür seien bereits viele Vorschläge wie die Öffnung der Fachhochschulen, die Verkürzung der Studienzeit und die Schaffung eines dualen Masters vorhanden. Es müsse um eine bedarfsdeckende und bedarfsgerechte Ausbildung für alle Fächer gehen. Der Bund sei Teil der Diskussion und stehe in einer inhaltlichen und finanziellen Verantwortung.

Der SPD-Fraktion seien die Qualitätsoffensive Lehrerbildung und ihre Weiterentwicklung besonders wichtig. Bis 2023 gehe der Bund mit bis zu 500 Millionen in die Verantwortung. Eine Fortsetzung dessen und eine Verstärkung der Maßnahmen seien wünschenswert.

Die **CDU/CSU-Fraktion** hebt hervor, dass es weder ein Erkenntnis- noch ein Umsetzungsproblem sei, sondern dass es vielmehr um ein Prognoseproblem gehe. Jedes Jahr sei fraglich, warum die Zahlen der Schüler/innen und die Lehrer/innen so weit auseinanderlägen, warum Lehrer/innen mit bestimmten Fachkombinationen fehlten und wie der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung im Erkenntnis- und dem Prognosegewinn besser werden könne. Die KMK fordere bundesweit bessere, valide Prognosen, damit es nicht zu unterschiedliche Prognoseergebnisse über die Anzahl der fehlenden Lehrkräfte komme. Fraglich sei, wie diese Prognose zu entwickeln und bundesweit zu etablieren sei. Die Weiterentwicklung der Qualitätsoffensiven Lehrerbildung sei dabei immens wichtig.

Die CDU/CSU-Fraktion wolle keine Grundgesetzänderung. Daher lehne sie den Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit aller Deutlichkeit ab. Jedoch würde sie gerne gemeinsam mit den Ländern und der Fraktion DIE LINKE. an der Herangehensweise an dieses Thema arbeiten und das Problem lösen. Es gebe Themen in der Ausbildung, an die der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung arbeiten müsse. Es gebe die Frage nach mehr Praxisorientierung in der Ausbildung, die auch die Lehrer/innen dringend einfordern würden. Die CDU/CSU-Fraktion warne dringend davor, dass Quereinsteiger in den Lehrerberuf als hauptsächliche Lösung angesehen werden. Die Gesamtgesellschaft stelle an die Lehrerschaft hohe Anforderungen. An dieser Stelle müsse man wieder zum Lehren zurückkehren und an anderer Stelle eine multiprofessionelle Aufstellung vornehmen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** macht deutlich, die zentrale Herausforderung im Bildungssystem sei der Fachkräftemangel. Lehrkräfte- und Erzieher/innenmangel schränke die Bildungschancen in Haushalten, in denen die Eltern keine Unterstützung leisten könnten, massiv ein.

Der Antrag richte sich an die falsche Ebene. Für die Ausbildung von Lehrkräften und Erzieher/-innen seien die Länder zuständig. Dennoch könne der Bundestag den einen oder anderen Impuls geben, sodass die Beschäftigung

mit dem Thema sinnvoll sei. Die Empfehlung der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz enthalte gute Ansätze wie die Entlastung der Lehrkräfte von Verwaltungsaufgaben, multiprofessionelle Teams und die leichtere Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Dennoch sei ein Vorschlag wie die Einschränkung von Teilzeit jetzt nach Corona zynisch. Menschen würden sich nicht nur zukünftig nicht für den Beruf der Lehrkraft entscheiden, sondern auch aktiv abwandern. Es sei erforderlich, den Lehrer/innen mehr Zeit für das Wesentliche zu geben. Dies umfasse nicht nur die Vermittlung von Unterrichtsinhalten, sondern auch die Begleitung junger Menschen auf ihrem Weg in das Erwachsenenalter. Beziehungsarbeit sei die Grundlage jeder Bildung. Das sollte bei der Lehrkräfteausbildung und -gewinnung nicht vergessen werden.

Auf Bundesebene habe die Ampelkoalition die Fachkräftestrategie in den Blick genommen. Dadurch könnten mehr Fachkräfte nach Deutschland kommen. Auch Abschlüsse könnten schneller anerkannt werden. Mit dem Startchancen-Programm werde man zusätzliche Stellen für Schulsozialarbeit schaffen.

Die **AfD-Fraktion** hebt hervor, der Antrag der Fraktion DIE LINKE. stelle in Teilen inhaltlich ihren eigenen Antrag „Lehrermangel konsequent bekämpfen“ dar, der abgelehnt worden sei. In der damaligen Diskussion habe, wie heute ebenfalls zu erkennen sei, in einigen Themen Konsens geherrscht. Man solle sich aber nichts vormachen, der Lehrermangel sei seit 50 Jahren immer wieder Ziel von Initiativen des Bundestages. Die Möglichkeiten zur Analyse und Behebung des Problems seien nicht endlos. Die ungebremste Zuwanderung führe an Kindergärten und Schulen zu Unsicherheiten, die von der aktuellen den vorhergehenden Regierungen verstärkt würden. Das Regierungshandeln erschwere die Prognose, wodurch der Antrag ins Leere laufe. Dazu vermische der Antrag zwei oder mehrere völlig unterschiedliche Berufsgruppen mit verschiedenen, komplexen Arbeitsvorgängen. Gemeinsam hätten sie, dass es immer weniger Berufsanfänger gebe und sie dem sozialen Bereich zuzuordnen seien.

Zu den ursprünglichen Aufgaben eines Lehrers oder Erziehers seien viele bürokratische und ideologische Dinge wie Diversity und Nachhaltigkeit hinzugekommen. Die Tätigkeit von Lehrern und Erziehern seien über Gebühr angereichert worden. Sie würden von ihren ursprünglichen Tätigkeitsfeldern völlig abgelenkt. Die gemachten Vorschläge gingen an einer Problemlösung vorbei. Die Attraktivität von Lehramts- oder Erzieherberufen könne man vor allem dadurch steigern, dass die Umstände „weniger lebensgefährlich“ seien. Jeder Kollege an einer Brennpunktschule könne von bedrohlichen Situationen erzählen. Junge Menschen würden nicht in diese Berufen gehen. Niemand wolle sein Leben riskieren.

Die **FDP-Fraktion** führt aus, die Ausführungen der AfD seien weltfremd. Vielen der im Antrag der Fraktion DIE LINKE. beschriebenen Probleme könne die FDP-Fraktion zustimmen. Angesichts der Beteiligung an der Landesregierung Thüringens frage sich die FDP-Fraktion aber, wie die Fraktion DIE LINKE. solche Lösungsansätze fordern könne. In Thüringen löse sie die Probleme selbst nicht. Zudem frage sie sich, wieso in Thüringen nicht die Universitäten ausgebaut würden oder die Lehrerausbildung verbessert werde. Weiter sei zu fragen, wer die Landesregierung daran hindere, die im Antrag aufgeführten Forderungen in Thüringen umzusetzen. Es könne auch ein Antrag zur Gesetzesänderung im Bundesrat eingebracht werden. Stattdessen stelle sich die Fraktion DIE LINKE. als Opposition hin und behaupte, sie habe die Lösungen und die Koalition müsse diese umsetzen. Mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei man sich einig und habe in der letzten Wahlperiode fast deckungsgleiche Anträge gestellt. Die Fraktionen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hätten längst eine Grundgesetzänderung herbeigeführt. Dazu bräuchte man aber die Stimmen der CDU/CSU-Fraktion, die keine Grundgesetzänderung wolle.

Die FDP-Fraktion beobachte im Übrigen, dass die Lehrerausbildung in Hessen zurückgefahren werde. Die Lehrer würden in Hessen nicht richtig eingestellt. Viele wollten nicht mehr Lehramt studieren, weil der Beruf unattraktiv geworden sei. Das läge daran, dass viele Bundesländer, beispielsweise die CDU-geführte Landesregierung in Hessen, nicht dazu bereit seien, entsprechend Geld zu investieren. Lehrer würden nicht mit langfristigen Verträgen ausgestattet. Dann wundere man sich, weshalb sie fortgingen. Neben dem Fachkräftemangel müsse man sich im Klaren sein, dass auch der Lehrberuf mit anderen Berufen konkurriere. Er müsse attraktiver werden, sonst studierten junge Menschen nicht Lehramt, sondern einen anderen Beruf mit besseren finanziellen Aussichten.

Berlin, den 8. Februar 2023

Katrin Zschau
Berichterstatterin

Daniela Ludwig
Berichterstatterin

Nina Stahr
Berichterstatterin

Peter Heidt
Berichterstatter

Nicole Höchst
Berichterstatterin

Nicole Gohlke
Berichterstatterin